

ZIMMER: ROT-ROT IST GESCHEITERT

Gewinner

Foto: Reitze



kommunale Selbstverwaltung

Freiherr vom Stein hätte Gefallen an der Opposition im Abgeordnetenhaus, die mit ihren parlamentarischen Rechten (Verfassungsklage, Misstrauensvotum) dem Senat Beine macht. Der Gewinner des Monats: Die kommunale Selbstverwaltung. (dr)

Verlierer



Klaus Wowereit

Bild: SPD-Berlin

Er steht für einen verfassungswidrigen Haushalt - aber das Misstrauensvotum nennt er „Showveranstaltung“ und Berlin sei zwar arm, aber sexy. Er selbst spare nicht, sondern konsumiere lieber. So, so. Was für Unsinnigkeiten fallen dem Oberhaupt Berlins noch ein? Hätte er doch lieber weiter in Mexico die Puppen tanzen lassen. (dr)

Klaus Wowereit hat nicht nur ein fragwürdiges Verhältnis zur Verfassung – er hat auch ein merkwürdiges Demokratieverständnis:

Die Sondersitzung zur Abstimmung über die Misstrauensanträge bezeichnete er als „Showveranstaltung der Opposition“.

Wir sagen: Wann, wenn nicht nach einem Verfassungsbruch durch die Regierung, muss die Opposition zum Mittel des Misstrauens greifen. Klaus Wowereit hat die Berliner belogen, als er am Ende der Haushaltsdebatte im Juni 2002 seinen Finanzsenator zurückpiffte, der die Verfassungswidrigkeit eingeräumt hatte. Später zog Sarrazin selber vor dem Landesverfassungsgericht seine Aussage zurück, um sich nach der Verkündung des Urteils auf einmal doch wieder voll bestätigt zu fühlen. Wir meinten und meinen, dass dieses Verhalten nicht mit den Ansprüchen an ein herausragendes politisches Amt in Einklang steht, und haben deshalb beiden unser Misstrauen ausgesprochen. Die rot-rote Mehrheit des Parlaments ist uns dabei erwartungsgemäß nicht gefolgt.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass das Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes eine eindringliche Mahnung ist: Einstimmig haben die Richter erklärt, dass der Doppelhaushalt 2002/03

verfassungswidrig ist. Die Klage der Opposition ist damit eindeutig bestätigt worden und der SPD/PDS-Senat hat eine schallende Ohrfeige für seine unseriöse Haushaltspolitik erhalten.

Das ist ein Sieg für die Opposition und ein Sieg für die politische Kultur in Berlin. Der SPD/PDS-Senat dagegen steht vor dem Scherbenhaufen seiner gescheiterten Finanzpolitik.



Zwar bestritt der Landesverfassungsgerichtshof nicht, dass das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht in Berlin gestört sei

und somit die Höhe der Nettoverschuldung die Investitionen überschreiten dürfe. Verheerend aber für den SPD/PDS-Senat und ein Armutszeugnis war die Aussage der Verfassungsrichter, dass der Berliner Haushaltsgesetzgeber während des Gesetzgebungsverfahrens nicht hinreichend dargelegt habe, dass die erhöhte Kreditaufnahme überhaupt zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bestimmt sei.

Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes steht fest, dass trotz erhöhter Kreditaufnahme weder arbeitsmarktpolitische noch wirtschaftspolitische Effekte erzielt wurden. Daher hat im Ergebnis der Senat nicht den Haushalt, sondern das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht auf hohem Niveau konsolidiert.

Wieder-

einmal hat der Senat die Chance vertan, die erhöhte Kreditaufnahme zur Stärkung der Berliner Wirtschaft zu verwenden und so-

mit planvoll wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Wiedererlangung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu ergreifen.

Der SPD/PDS-Senat ist jetzt gefordert! Er muss unverzüglich ein Programm aufstellen, in dem er darlegt, wie der Haushalt künftig zielgerichtet saniert werden kann. Kurz: Schluss mit dem Herumgestochere.

Wir brauchen ein klares Sanierungsprogramm. Und Sanierung bedeutet vor allem neben der Ausgaben- auch die Einnahmenseite nicht zu vergessen, bedeutet sparen und investieren – in die Zukunftsfelder unserer Stadt.

Solange der Senat jedoch kein Konzept hat, wohin die Reise geht, machen weitere Beratungen zum Doppelhaushalt 2004/05 keinen Sinn. Sollte nämlich der nächste Haushalt genauso schlecht sein, wie der vergangene, werden wir erneut vor das Verfassungsgericht ziehen. Solange, bis SPD und PDS ihre Hausaufgaben erledigt haben. Das sind wir als Opposition unseren Bürgern und unser aller Zukunft schuldig.

Wir werden uns der Diskussion über die Stärken und Schwächen dieser Stadt nicht entziehen, aber in der Verantwortung stehen SPD und PDS. Wenn sie es nicht können, wir stehen bereit, um die Herausforderung anzunehmen und es besser zu machen.

MISSTRAUENSVOTUM GEGEN WOWEREIT UND SARRAZIN

PRESSESTIMMEN

„...Dass die Opposition so handelt, wie man es von ihr erwartet, nehmen einige Senatoren nun zum Anlass, die Klage und das Misstrauensvotum als eine Art unpatriotischen Akt darzustellen. Die Vorwürfe gipfeln in der Behauptung von Sozialsenatorin Knake-Werner (PDS), die Opposition trage die Verantwortung für die nun notwendigen sozialen Einschnitte. Das ist eine abstruse Logik, denn den windigen Haushalt hat Rot-Rot zusammengeschummelt. CDU, Grüne und FDP haben lediglich darauf hingewiesen, dass der Etat eine Luftnummer ist...“ (Berliner Zeitung, 11.11.2003)

„...Ein Misstrauensvotum nicht wegen irgendeiner Kleinigkeit, sondern wegen Verfassungsbruchs, ist ein konzentrierter Angriff und damit ein Anspruch (der Opposition, d.R.) auf die Macht...“ (B.Z., 11.11.2003)

„Das Votum ist gescheitert, das Misstrauen bleibt. Doch die politische Lage hat sich verändert. Die Opposition ist spektakulär in das Berliner Abgeordnetenhaus zurückgekehrt. Im Streit um den kommunalen Haushalt, das „Königsrecht des Parlaments“ rückten CDU, FDP und Bündnisgrüne zusammen. ... Die Opposition hat nun zwar nicht den rot-roten Senat, dafür aber seine

Haushaltspolitiker von demonstrativer Selbstgefälligkeit in tiefe Zweifel gestürzt...“ (Neues Deutschland, 11.11.2003)

„...Eine zweite Niederlage vor Gericht würde der Koalition – mangels Befähigung – das Vertrauen der Bürger entziehen. Sie müsste wohl auch ohne parlamentarische Misstrauensanträge, ab danken...“ (Tagesspiegel, 11.11.2003)

„-Showveranstaltung- hat der Regierende Bürgermeister die gescheiterten Misstrauensanträge genannt, die er und sein Finanzsenator gestern gut überstanden haben. Da ließe sich jetzt sagen:

Wenn Klaus Wowereit das meint, wird es wohl stimmen – der ist schließlich als sogenannter Partymeister vom Fach. ... Wer wie Wowereit ein solches Grundrecht des Parlaments als Showveranstaltung abtut, erinnert an Wilhelm II.: „Quasselbude“ nannte er den Reichstag. ... Nicht zuletzt solche Äußerungen sind es, die Vertrauen in Politik und ihre Institutionen schwinden lassen – und aus Nachwählern Nichtwähler machen.“ (Tageszeitung, 11.11.2003)

„-Macht Geld sexy?- Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (50) musste lange überlegen, als ihm Journalisten von „Focus Money“ diese Frage stell-

ten. Seine Antwort: „Nein. Das sieht man an Berlin. Wir sind zwar arm, aber trotzdem sexy. Mich persönlich reizt Geld auch nicht. Ich lege mein Geld nicht an, sondern konsumiere lieber. Ich kurbele die Wirtschaft an.“ (BILD, 11.11.2003)

„...Doch treffender ist wohl der Vergleich mit dem zeitgemäßen Schlachtruf „Geiz ist geil“. Womit wir wieder in der sexy Gegenwart und beim bankrotten Alltag von Berlin sind. Und da bleibt zu hoffen, dass der Regierende einen besseren Spruch auf Lager hat, als eben diesen...“ (Neues Deutschland, 11.11.2003)